

Kleine Anfrage 2829

der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Entwicklung der Anzahl von Verstößen gegen Vorschriften der StVO im fließenden Verkehr und der Einnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern

Nach den landesrechtlichen Vorschriften nehmen die Polizei oder die örtlichen Ordnungsbehörden Aufgaben der Überwachung des fließenden Verkehrs und der Ahndung von Verstößen gegen Vorschriften der Straßenverkehrsordnung (StVO) wahr.

Zuletzt wurde in den Medien über den bundesweiten Blitzer-Marathon am 19./20.04.2017 berichtet.

Darauf Bezug nehmend frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der festgestellten und geahndeten Verstöße gegen Vorschriften der StVO im Bereich des fließenden Verkehrs in den Jahren 2014 bis 2016 entwickelt?
 - a. im Zuständigkeitsbereich der Polizei
 - b. im Zuständigkeitsbereich der örtlichen Ordnungsbehörden(bitte nach den statistisch erfassten Arten von Verstößen und getrennt nach der Zuständigkeitsebene darstellen)
2. Welche Einnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern sind den öffentlichen Haushalten (Land; örtliche Ordnungsbehörden) in den Jahren 2014 bis 2016 zugeflossen?
(bitte nach den Ebenen getrennt darstellen)
3. Grundsätzlich ist für Verstöße gegen Vorschriften der StVO der jeweilige Fahrzeugführer zuständig, muss also auch für die Entrichtung von Verwarn- und Bußgeldern aufkommen. Gibt es von diesem Grundsatz abweichende Regelungen? Wer entscheidet auf welcher Grundlage im Einzelfall über die Anwendung dieser abweichenden Regelungen?
4. Fahrzeugführer von Fahrzeugen des Bundes und der Landesverwaltung (Landesregierung und nachgeordnete Landesbehörden) sind im Regelfall Bedienstete der jeweiligen Verwaltung. Wer kommt im Fall des Verstoßes gegen Vorschriften der StVO für die Entrichtung der Verwarn- und Bußgelder auf oder gibt es abweichende Regelungen hinsichtlich der Nichtverfolgung von Verstößen (wenn ja, welche)?